

Protokoll der Gemeinderatssitzung

- 11. Sitzung 2020** **Montag, 9. November 2020, 20.00 Uhr**
per Videokonferenz
- Beginn: 20.00 Uhr
Schluss: 21.55 Uhr
- Vorsitz: Hans-Peter Berger, Gemeindepräsident
Protokoll: Chiara Sterki, Protokollführerin
- Anwesende: Thomas Anderegg, Urs W. Flück, Ivan Flury, Daniel Hürlimann, Christoph
Loser, Barbara Obrecht Steiner, Gisela Schultis, Benjamin Sigrist
- Kurt Kohl, Gemeindeverwalter
- Gäste: Traktandum 2:
Lukas Kümin, Bauleiter Schulraumerweiterung
- Traktandum 3:
Rolf Truninger, Präsident Finanzkommission
- Entschuldigungen: -
- Presse: Hans Peter Schläfli, Solothurner Zeitung
- Traktanden:**
1. Gemeinderatsprotokoll Nr. 10 vom 19. Oktober 2020
 2. Antrag Spezialkommission Schulraumerweiterung: Projektanpassung Turnhalle F
 3. Genehmigung Budget 2021 zuhanden der Budget-Gemeindeversammlung vom 30.11.2020
 4. Antrag LA GESLOR: Abgeltung Überzeitstunden Schulleitungen
 5. Antrag Verwaltung: Erlass richterliches Parkverbot auf Grundbuch Nr. 147 (Schrebergärten am Oberhofweg)
 6. Demission von Rahel Lüthi als Ersatzmitglied des Wahl- und Abstimmungsbüros
 7. Traktandenliste Budget-Gemeindeversammlung vom 30.11.2020
 8. Informationen zur Schulraumerweiterung
 9. Informationen aus den Ressorts
 10. Mitteilungen und Verschiedenes

Der Gemeindepräsident begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung per Videokonferenz.

1. Gemeinderatsprotokoll Nr. 10 vom 19. Oktober 2020

Das Protokoll wird mit einer kleinen Änderung, welche direkt am Originalprotokoll vorgenommen wird, einstimmig genehmigt.

2. Antrag Spezialkommission Schulraumerweiterung: Projektanpassung Turnhalle F

Ausgangslage:

Die Gemeindeversammlung genehmigte am 05.12.2016 für die Erarbeitung des Projektteilen Planungskredit von CHF 530'000.00. Am 04.12.2017 genehmigte die Gemeindeversammlung für die Erweiterung und Sanierung der Schulanlage dann einen Gesamtkredit von CHF 17'420'000.-, verteilt auf folgende Kredittranchen:

Schulhaus M	Fr. 5'965'000.-	(Realisierung SJ 2019/2020)
Doppelsporthalle E	Fr. 7'060'000.-	(Realisierung SJ 2020/2021)
Turnhalle F	Fr. 3'255'000.-	(Realisierung SJ 2021/2022)
Allgemein und Umgebung	Fr. 1'140'000.-	(Realisierung laufend bis 2022)
Total	Fr. 17'420'000.-	

Bis zu diesem Entscheid wurde sowohl im Gemeinderat wie an den Gemeindeversammlungen hart gerungen. Aufgrund der ganzen Vorgeschichte war aber klar, dass das Gesamtprojekt nicht mehr als CHF 18 Mio. betragen darf (Planung und Realisierung).

Die Kosten für das Schulhaus M und die Doppelsporthalle E waren gegeben. Um die CHF 18 Mio. einhalten zu können, diente die Sanierungstiefe der Turnhalle F als Optimierungsmasse. Der ursprüngliche Vorschlag der Architekten sah nebst der Erweiterung der Werkräume und Sanierung der Turnhalle auch eine völlige Neuorganisation und Gesamtsanierung der sanitären Anlagen vor (Wasser- und Abwasserleitungen / Garderoben / Duschräume / WC / Putzraum). Auf diese Neuorganisation und Gesamtsanierung wurde dann aus Kostengründen verzichtet (Kostenreduktion von CHF 580'000.-) und der Entscheid fiel zugunsten einer sanften Renovation.

Das Schulhaus M konnte im Juni 2020 der Schule termingerecht übergeben werden. Die Spezialkommission hat an ihrer letzten Sitzung die Schlussabrechnung erfreut zur Kenntnis genommen. Sie zeigt mit Gesamtkosten von CHF 5.410 Mio. eine Kreditunterschreitung von rund CHF 555'000.-. Aus diesem Grund griff die Spezialkommission das Thema Neuorganisation/ Gesamtsanierung der sanitären Anlagen in der Turnhalle F wieder auf.

Erwägungen:

Die Architekten rechneten die Kosten für die Neuorganisation / Gesamtsanierung der sanitären Anlagen in der Turnhalle F nochmals durch. Die Kosten konnten bestätigt werden. Zusätzlich wurde der Zustand der 70-jährigen Abwasserleitungen geprüft (Beton- oder Gussleitungen). Dieser zeigt ein schlechtes Bild. Da die Abwasserleitungen unter der Bodenplatte des Sanitärbereiches einzementiert sind, müsste man bei einer späteren Sanierung viele Bauteile, welche neu eingebaut werden, wieder zerstören. Bei einer Gesamtsanierung könnten auch energetische Massnahmen umgesetzt werden, welche im jetzigen Projekt fehlen. Innerhalb der Spezialkommission setzte sich die Meinung durch, dem Gemeinderat die Gesamtsanierung inkl. Neuorganisation der sanitären Anlagen Turnhalle F als Projektanpassung zu beantragen.

Kosten:

Kreditunterschreitung Schulhaus M rund	CHF 555'000.-
Totalsanierung Sanitäre Anlagen Turnhalle F	
- Bauleistungen	CHF 478'000.-
- Honorare	<u>CHF 98'400.-</u>
- Total	CHF 576'400.-
Fehlbetrag Kreditunterschreitung / Totalsanierung rund	CHF 20'000.-

Aktuell bestehen bei der Turnhalle F Reserven von rund CHF 200'000.-. Diese konnten aus Vergabeerfolgen und Rückstellungen gebildet werden. Zusätzlich wurden während der Weiterbearbeitung der Turnhalle F gegenüber dem Kostenvoranschlag aus dem Jahr 2018 eine Reserve von CHF 40'000.- ausgewiesen. Dieser Betrag wurde in der Baubuchhaltung vorausschauend als Reserve für eine mögliche Projektoptimierung zurückgestellt. Der Fehlbetrag von rund CHF 20'000.- kann aus dieser Reserve entnommen werden.

Eintreten:

Einstimmig

Diskussion:

Thomas Anderegg ist erfreut darüber, dass rund eine halbe Million Franken eingespart werden konnten. Er fragt, ob die geplanten Sanierungsarbeiten der Sanitäranlagen der Gemeindeversammlung bereits bei der Genehmigung des Projektes Schulraumerweiterung vorgestellt wurden. Gemäss Lukas Kümin wurden diese Arbeiten bei der Genehmigung des Gesamtprojektes nicht berücksichtigt, da der Kredit bereits ausgeschöpft war. Der Gemeindepräsident fügt an, dass das Gesamtprojekt der Gemeindeversammlung ohne Sanierungsarbeiten der Sanitäranlagen vorgestellt wurde. Die Schulraumerweiterung wurde ohne diese Kosten von der Gemeindeversammlung beschlossen. Damals wurde aber bereits angedeutet, dass das Thema wieder aufgegriffen wird, wenn woanders Kosten eingespart werden können. Da der Betrag nun für die Sanierungsarbeiten ausreichen würde, stellt die Spezialkommission diesen Antrag zur Projektanpassung.

Thomas Anderegg kann den Antrag nicht unterstützen, da der Gemeindeversammlung im Jahr 2017 diese Arbeiten nicht vorgestellt wurden. Er findet, dass die Gemeindeversammlung über den Antrag abstimmen sollte.

Barbara Obrecht kann sich der Meinung von Thomas Anderegg anschliessen. Die Gemeindeversammlung sollte entscheiden.

Thomas Anderegg stellt den Antrag, dieses Geschäft der Gemeindeversammlung vorzulegen. Der Antrag von Thomas Anderegg erhält 3 Stimmen, der Antrag der Spezialkommission 6 Stimmen.

Somit gilt folgender

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt die Schlussabrechnung Neubau Schulhaus M mit einer Kreditunterschreitung von rund CHF 555'000.- zur Kenntnis.
2. Dem Antrag um Projektanpassung ‚Neuorganisation und Gesamtsanierung der sanitären Anlagen Turnhalle F‘ wird zugestimmt.
3. Für die zusätzlichen Bauleistungen werden CHF 478'000.- freigegeben.
4. Für Honorare werden CHF 98'400.- freigegeben.
5. CHF 20'000.- werden aus der Reserve Projektoptimierung Turnhalle F entnommen.

6. Genehmigung Budget 2021 zuhanden der Budget-Gemeindeversammlung vom 30.11.2020

Ausgangslage:

Der Gemeindeverwalter erwähnt, dass seit der letzten Budgetlesung im Oktober keine Zahlen mehr geändert haben. Somit weist die Erfolgsrechnung einen Aufwandüberschuss von CHF 290'100.-- aus und die Investitionsrechnung Nettoinvestitionen von 1,033 Mio. CHF. Die wichtigsten Ursachen und Gründe, welche das vorliegende Budget beeinflusst haben, sind in Budgetbericht auf den Seiten 1 – 3 erwähnt und den Gemeinderätinnen und -räten aus den Budgetberatungen bekannt. Der Gemeindeverwalter weist noch auf die voraussichtliche mittelfristige Entwicklung der Finanzen hin. Gemäss ihm werden die Jahresergebnisse der Erfolgsrechnung kumuliert per Ende 2021 rund 1,2 Mio. CHF hinter den angestrebten Werten der seinerzeitigen Finanzplanung für die Schulraumerweiterung hinterher hinken und die anvisierte Amortisation der aufgebauten Schulden wird sehr fraglich.

Der Gemeinderat wird gebeten, das Budget 2021 zuhanden der Gemeindeversammlung vom 30. November 2020 zu genehmigen.

Eintreten:

Einstimmig

Diskussion:

Benjamin Sigrist möchte wissen, wie viele Prozent die Steuererhöhung betragen müsste, damit die Aufwände über die nächsten 4 Jahre gedeckt werden könnten? Gemäss Gemeindevorwalter müsste mit einer Erhöhung von ca. 7 – 8 Prozent gerechnet werden. Je nach weiterer negativer Entwicklung der kostentreibenden Elemente muss von bis zu 10 Prozent ausgegangen werden. Benjamin Sigrist kann aufgrund dieser Ausgangslage dem Budget 2021 nicht zustimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschliesst mit 7 JA und 2 NEIN:

1. Das vorliegende Budget 2021 wird zuhanden der Budget-Urnenabstimmung vom 20. Dezember 2020 genehmigt.

7. Antrag LA GESLOR: Abgeltung Überzeitstunden Schulleitungen**Ausgangslage:**

Der LA GESLOR stellt dem Gemeinderat den Antrag, die aufgelaufenen Gleizeitstunden von der Standortschulleitung Rüttenen und Standortschulleitung PS Langendorf zu vergüten.

Erwägung:

Nach Rücksprache mit Christoph Loser, Ressortleiter Bildung werden die aufgelaufenen Gleizeitstunden wie Folgt begründet:

1. Mehraufwand im Zusammenhang mit Corona
2. Mehraufwand infolge langer, nicht besetzter Stelle Schulleitung

Aufgrund des Umstandes, dass es sich bei den beiden Stellen um Teilpensen handelt, ist eine Kompensation von Gleizeitstunden in dieser Grössenordnung fast aussichtslos.

Eintreten:

Einstimmig

Diskussion:

Thomas Anderegg findet den Zeitpunkt, eine solche Entschädigung zu verlangen, nicht passend. Die beiden Angestellten üben eine Kaderfunktion aus. Zusätzliche Aufgaben und Mehraufwand in speziellen Zeiten werden erwartet. Nebst der Schulleitung haben während Corona auch andere Angestellte der Verwaltung mehr geleistet als üblich. Eine Entschädigung wäre nicht fair und ist unangemessen. Thomas Anderegg kann nicht nachvollziehen, dass beide Schulleiterinnen exakt den gleichen Aufwand an Stunden hatten. Er stellt deshalb den Antrag, die aufgelaufenen Gleizeitstunden seien zu kompensieren.

Der Gemeindepräsident fügt an, dass es schwierig ist, diesen hohen Gleizeitsaldo in kleinen Arbeitspensen zu kompensieren.

Ivan Flury stimmt dem Gesagten von Thomas Anderegg zu. Er kann den Antrag ebenfalls nicht unterstützen.

Gisela Schultis schliesst sich an. Dieser Antrag ist gegenüber den LehrerInnen und allen anderen, die Mehraufwand hatten, nicht fair.

Urs Flück informiert betreffend Stundenreporting. Die exakt gleichen Arbeitsstunden sind darauf zurückzuführen, dass die Schulleiterinnen gemeinsam an den Schutzkonzepten gearbeitet und auch alle anderen Arbeiten zusammen ausgeführt haben. Er findet es berechtigt, diesen Einsatz zu entschädigen.

Benjamin Sigrist stört die Begründung Corona. Normalerweise werden Arbeitszeiten in Kaderfunktionen nicht erfasst. Er sieht durch die Stundenrapportierung bereits einen Vorteil für die beiden Angestellten und kann dem Antrag deshalb nicht zustimmen.

Barbara Obrecht findet es zu früh, jetzt über die Abgeltung der Gleizeit zu diskutieren.

Der Gemeindepräsident stellt den Antrag vom Lenkungsausschuss Geslor gegenüber dem Antrag von Thomas Anderegg.

Antrag 1: Die Überzeiten werden gemäss Antrag vom LA GESLOR ausbezahlt.

Beschluss: 2 JA Stimmen

Antrag 2: Die gesamten Überstunden sind gemäss Antrag von Thomas Anderegg zu kompensieren.

Beschluss: 7 JA Stimmen

Beschluss:

Der Gemeinderat beschliesst mit 7 JA und 2 NEIN:

1. Die Gleizeitstunden der Standortschulleitung Rüttenen und Standortschulleitung PS Langendorf sind zu kompensieren.

8. Antrag Verwaltung: Erlass richterliches Parkverbot auf Grundbuch Nr. 147 (Schrebergärten am Oberhofweg)

Ausgangslage:

Der Vorstand des Gartenvereins beantragt beim Gemeinderat die Erstellung eines richterlichen Parkverbots auf den Parkplätzen der Schrebergärten am Oberhofweg. Der Parkplatz wird zunehmend durch Fahrzeuge von Anwohnern aus dem Quartier belegt. Dies führt während der Gartensaison regelmässig dazu, dass für die Mitglieder des Gartenvereins keine oder kaum noch Plätze zur Verfügung stehen. Höfliche Aufforderungen gegenüber Falschparkern mit der Bitte, die Fahrzeuge umzuparken, werden in der Regel ignoriert. Dem Gartenverein fehlt ein Instrument, um Falschparker wegweisen zu können.

Erwägungen:

Gemäss §275 ZPO (Zivilprozessordnung) können Fahrzeuglenker wegen Missachtens eines richterlichen Verbotes (Parkieren oder Fahren auf privatem Grundstück) durch eine Privatperson bei der Polizei angezeigt werden.

Ein Parkverbot hätte bereits die nötige Signalwirkung, um Falschparker fernzuhalten. Die Verwaltung schlägt deshalb vor, die Parzelle GB Nr. 147 gegen unberechtigtes Befahren oder Abstellen jeglicher Fahrzeuge mit einem richterlichen Parkverbot zu belegen. Das Parkverbot soll auf die Monate Anfang März bis Ende November begrenzt werden. Während den Wintermonaten werden die Parkplätze von den Mitgliedern des Gartenvereins nach eigenen Angaben kaum genutzt. Somit wäre in dieser Zeit der Winterdienst nicht durch parkende Fahrzeuge am Strassenrand blockiert.

Die Kosten für die Umsetzung belaufen sich auf ca. CHF 2'000.- (Gebühren, Publikation, Beschaffen und Versetzen Verkehrstafel).

Eintreten:

Einstimmig

Diskussion:

Urs Flück möchte wissen, ob die AnwohnerInnen eine Spezialbewilligung für die Parkplätze erhalten werden. Gemäss Gemeindepräsident dürfen nach Erlass des richterlichen Verbotes keine Anwohnerinnen mehr auf den Parkplätzen der Gemeinde parkieren, ausser sie sind Pächter eines Gartengrundstückes.

Gisela Schultis hat festgestellt, dass auf diesem Parkplatz sehr oft Firmenautos parkiert werden. Das Parkverbot soll für das ganze Jahr erlassen werden.

Ivan Flury informiert, dass die Planungskommission grundsätzlich über das Aufstellen bzw. Wegnehmen von Signaltafeln zuständig ist oder mindestens in das Verfahren eingebunden sein sollte. Das war in diesem Fall leider nicht so. Er ist aber der Meinung, dass das Verbot für das ganze Jahr erlassen werden sollte.

Thomas Anderegg sieht eine Problematik beim Verbot. Die parkierten Autos werden eventuell am Strassenrand geparkt, wenn ein Parkverbot errichtet wird. Allenfalls müsste die Option einer Parkuhr geprüft werden.

Ivan Flury ergänzt, dass das Parkplatzregime ausgearbeitet werden muss.
Daniel Hürlimann schliesst sich der Meinung an, ein ganzjähriges Verbot zu erlassen.
Benjamin Sigrist findet es sinnvoller, das Verbot nur begrenzt zu erlassen. Er kann dem Antrag zustimmen.

Der Gemeindepräsident stellt zwei Anträge gegenüber und lässt abstimmen.

Antrag 1: Der Gemeinderat beschliesst ein richterliches Verbot von anfangs März bis Ende November zu erlassen. Beschluss: 1 JA

Antrag 2: Der Gemeinderat beschliesst ein richterliches Verbot für das ganze Jahr.
Beschluss: 6 JA zu 2 ENTHALTUNGEN

Beschluss:

Der Gemeinderat beschliesst mit 6 JA, 1 NEIN und 2 ENTHALTUNGEN:

1. Der Gemeinderat beschliesst auf dem Grundstück GB Nr. 147 beim Richteramt Solothurn-Lebern ein richterliches Parkverbot zu beantragen.
2. Die Bauverwaltung wird mit der Umsetzung beauftragt.

9. Demission von Rahel Lüthi als Ersatzmitglied des Wahl- und Abstimmungsbüros

Ausgangslage:

Mit Schreiben vom 23. Oktober 2020 gibt Rahel Lüthi ihre Demission als Ersatzmitglied des Wahlbüros aufgrund ihres Wegzugs aus Langendorf per 31. Oktober 2020 bekannt. Der Gemeinderat wird gebeten, diese zur Kenntnis zu nehmen.

Eintreten:

Einstimmig

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig:

1. Die Demission von Rahel Lüthi als Ersatzmitglied des Wahl- und Abstimmungsbüros per 31. Oktober 2020 wird zur Kenntnis genommen und die geleistete Arbeit verdankt.

10. Traktandenliste Budget-Gemeindeversammlung vom 30.11.2020

Ausgangslage:

Die Traktandenliste für die Budget-Gemeindeversammlung vom 20. Dezember 2020 liegt vor und es wird gebeten, diese zu genehmigen.

Gemäss Mail des Gemeindepräsidenten vom 06.11.2020 besteht die Möglichkeit, aufgrund der Coronasituation, anstelle der Gemeindeversammlung eine Urnenabstimmung durchzuführen.

Das Inserat für einen Urnengang müsste im Azeiger vom 11.11.2020 publiziert werden. Das Stimmmaterial sowie die Botschaft müssten in den nächsten Tagen gedruckt bzw. verfasst werden, damit die Unterlagen den Stimmberechtigten bis spätestens bis am 28. November 2020 zugestellt werden können.

Eintreten:

Einstimmig

Diskussion:

Benjamin Sigrist ist es wichtig, dass die demokratische Mitwirkung unbedingt gewährleistet wird. Die Bevölkerung soll zu den einzelnen Traktanden Stellung nehmen können.

Auch Ivan Flury stimmt oben gesagtem zu. Er fragt sich, wie die Unterlagen der Bevölkerung zugestellt werden und was die Abstimmung kosten wird? Gemäss Gemeindepräsident wird eine ausführliche Botschaft verfasst und diese den Einwohnerinnen und Einwohnern zusammen mit dem Stimmrechtsausweisen und den Stimmzetteln zugestellt. Die Detailunterlagen zum Budget 2021 können auf der Verwaltung bezogen oder von der Homepage der Gemeinde heruntergeladen werden. Der Gemeindeverwalter beziffert die Kosten für eine Urnenabstimmung auf zirka CHF 4'000.-. Bei einer physischen Gemeindeversammlung belaufen sich die Kosten auf jeweils rund CHF 1'200.-.

Barbara Obrecht findet es wichtig, dass die Unterlagen telefonisch oder per Mail bestellt werden können. Die Bevölkerung soll möglichst zu Hause bleiben und trotzdem die Gelegenheit erhalten, die Unterlagen einzusehen. Das ist so vorgesehen, so der Gemeindeverwalter.

Der Gemeindepräsident stellt den Antrag, die Gemeindeversammlung am 20. Dezember 2020 mittels Urnenabstimmung durchzuführen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Abstimmungsbotschaft wird bis anfangs nächster Woche durch die Verwaltung verfasst und dem Gemeinderat zur Vernehmlassung zugestellt. Anschliessend wird die Botschaft gedruckt und zusammen mit dem Abstimmungsmaterial versendet.

Der Gemeindepräsident schlägt vor, nächsten Montag, 16.11.2020 eine Videokonferenz zur Besprechung der Botschaft durchzuführen. Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig:

1. Es wird eine Urnenabstimmung am 20.12.2020 durchgeführt.
2. Die vorliegende Traktandenliste (Traktanden 2 bis 7) für die Urnenabstimmung vom 20. Dezember 2020 wird genehmigt.

8. Informationen zur Schulraumerweiterung

Der Bau der Doppelturnhalle verläuft nach Plan. Der Rohbau ist bereits dicht. Kurz bevor das Dach gedeckt wurde, fiel eine Menge Regen. Dadurch wurden die Innenräume der Zivilschutzanlage nasser als zuvor angenommen.

9. Informationen aus den RessortsRessort Finanzen:

Letzte Woche fand eine Sitzung der FiKo zusammen mit der Schulleitung statt. Anwesend waren nebst den FiKo-Mitgliedern Michel Tschanz, Gesamtschulleiter und Christoph Loser. Der Austausch war sehr interessant und aufschlussreich. Die Anliegen der FiKo werden seitens Schule ernst genommen. Im kommenden Februar wird ein weiteres Treffen stattfinden.

Ressort Bildung:

Christoph Loser kann sich dem Gesagten von Benjamin Sigrist anschliessen. Die Sitzungsthemen werden ebenfalls noch im Lenkungsausschuss diskutiert.

An der nächsten LA GESLOR Sitzung werden die Schülerzahlen besprochen. Er kann bereits heute mitteilen, dass nächstes Jahr ein sehr kleiner Jahrgang nachrutschen wird. Eventuell muss befristet für ein Jahr ein Kindergarten geschlossen werden.

Ressort Soziales:

Gemäss Barbara Obrecht läuft der Betrieb im Chutzenäscht gut. Bei der Einarbeitungsphase wurden Überstunden geleistet, welche in den Herbstferien teilweise kompensiert werden konnten. Die Anzahl Kinder ist aufgrund der Coronasituation etwas zurückgegangen. Die Rückmeldungen zum Angebot fallen jedoch positiv aus.

Ressort Kultur:

Urs Flück erkundigt sich, ob aus Sicht der Gemeinde eine Auflage für ein Schutzkonzept im Jugendtreff besteht? Die Erarbeitung eines Schutzkonzeptes und dessen Einhaltung für die Anlässe der Jugendarbeit obliegt der Leitung der Jugendarbeit. Der Jugendtreff soll momentan nicht an weitere Benutzer weitervermietet werden. Aus diesem Grunde eilt auch der Antrag der Jugendkommission zur Regelung der Raumvermietung nicht.

Vor dem Jugendtreff bleibt in letzter Zeit öfters Abfall liegen. Dieser stammt von den Jugendlichen, welche sich am Abend beim Jugendtreff treffen. Der Schulhausabwart und die Polizei sind informiert. Sie führen vermehrt Kontrollen auf dem Schulhausareal durch.

Ressort Feuerwehr/Umwelt:

Der Anlass Repair-Aktion der Umweltschutzkommission vom 14. November 2020 wurde aufgrund Corona abgesagt.

Gisela Schultis merkt an, dass für die Besetzung der Spezialkommission Abfallentsorgung noch ein FDP-Mitglied fehlt.

Die Feuerwehr konnte die letzten zwei Wochen erfreulich rekrutieren. Der Anlass fand unter strengem Schutzkonzept im Konzertsaal statt.

Ressort Planungskommission:

Ivan Flury teilt mit, dass die Planungskommission auf 1. Januar 2021 ein neues Mitglied sucht.

Ressort Verwaltung:

Der Gemeindepräsident informiert, dass die ausgeschriebene Stelle von Petra Carulli trotz interessanten Bewerbungsgesprächen nicht besetzt werden konnte. Die Verwaltung hat entschieden, die Stelle vorerst nicht neu zu besetzen und zu einem späteren Zeitpunkt erneut auszuschreiben (frühestens anfangs 2021). Aktuell sind Abklärungen mit der Firma Dialog betreffend Jahresabschlussarbeiten im Bereich Steuern am Laufen. Die Pakete, welche eingekauft werden könnten, kosten zwischen Fr. 2'500.- und Fr. 3'000.-. Eventuell kann ein Teil der Arbeiten intern aufgeteilt werden oder ein Treuhandbüro müsste für die Erledigung der Arbeiten beigezogen werden.

Die Verwaltung möchte gerne die Verwaltungsstrukturen durch ein externes Büro überprüfen lassen, so der Gemeindepräsident. Die aktuelle Situation mit der vakanten Stelle im Bereich Steuern, die im Gemeinderat bereits diskutierte Schaffung einer Bausekretariatsstelle und die hohe Arbeitsbelastung in verschiedenen Bereichen sind ausschlagend für dieses Anliegen. Nun sei der richtige Zeitpunkt, eine solche Analyse durchzuführen. Ein entsprechender Antrag wird dem Gemeinderat in der Dezembersitzung vorgelegt. Der Gemeinderat begrüsst diese Idee und steht diesem Anliegen offen gegenüber.

10. Mitteilungen und Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Für das Protokoll:

Chiara Sterki
Protokollführerin